weichenden Vollmachten, die der zukünftige Reichskommissar für die Entwaffnung erhalten soll, nicht ausreichen, soll der Reichspräsident durch Anordnungen gemäß Artikel 48 der Verfassung — Ausnahmezustand — ihm noch erweiterte Machtmittel in die Hand geben.

Soweit ist alles in Ordnung. Und der Forderung der Alliierten über den Erlaß einer Bekanntmachung, die die Waffenablieferung fordert, ist fristgemäß Rechnung getragen. Aber damit allein ist noch nichts oder wenig geschafft. Mahnungen und Drohungen haben nur Erfolg, wenn sie im Dienst einer Politik stehen, die der großen Masse der Bevölkerung Hoffnung und Zutrauen einflößt. Die Anläufe, die in dieser Richtung gemacht worden sind, haben das Wunder nach so viel Enttäuschungen der letzten Jahre noch nicht bewirkt, zumal die Rückschläge nicht ausblieben. Je mehr ein Wille und eine Führung hervortreten, desto leichter wird es dem deutschen Volke fallen, mit oder ohne „Diktat" der Neigung zur friedlichen Arbeit nachzugeben, die seiner innersten Natur entspricht. J. E.

Die Verhandlungen im Reichstag.

Sitzung vom 31. Juli.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichsverkehrsministers, wonach den Wünschen des Reichstages entsprechend ein Ausschuß zur Prüfung der technischen und finanziellen Verhältnisse der Reichseisenbahnen eingesetzt worden ist. Ihm sollen neben Verkehrssachverständigen 12 Reichstagsabgeordnete und 12 Mitglieder des Reichswirtschaftsrates angehören.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Danach sind alle Militärwaffen bis zu einem von dem Reichskommissar für die Entwaffnung festzusetzenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Dasselbe gilt für die Munition.

Reichsminister des Innern **Koch** leitet die erste Lesung ein. Zu dieser Vorlage sind wir durch das Abkommen von Spa verpflichtet. Wir können diese Aufgabe aber nur lösen, wenn sie nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volke durchgeführt wird. Wieviel Waffen noch im Besitze der Bevölkerung sind, kann auch nicht schätzungsweise angegeben werden. General von Seeckt hat in Spa eine Aufstellung übergeben, wonach in unbefugten Händen sich noch etwa 1,9 Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer befinden. Ob die Zahlen zutreffend sind, läßt sich nicht sagen. Die Ablieferung kann nur Erfolg haben, wenn das ganze Volk dabei mitwirkt. Neben den gesetzlichen Maßnahmen wird daher auch eine weitgehende Aufklärung des Volkes notwendig sein. Die Entwaffnungsaktion selbst kann nur durch das Reich und nicht durch die Länder durchgeführt werden. Das Reich ist der Entente gegenüber verantwortlich. Nur dann ist auch die Gewähr gegeben, daß im ganzen Reiche die Entwaffnung gleichmäßig durchgeführt wird. Die Durchführung muß in den Händen einer zivilen Behörde liegen. Es soll daher ein Reichskommissar für diesen Zweck eingesetzt werden, der völlig unparteiisch vorgehen soll. Es werden verhältnismäßig wenig Waffen in den Händen von Leuten sein, die versuchen wollen, die Regierung und die Verfassung zu stürzen. Die Hauptzahl der Waffen befindet sich in den Händen derjenigen, die einen Angriff von der Gegenseite erwarten. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden. Die Aktion soll daher so unpolitisch wie möglich durchgeführt werden. (Lachen der U.-Soz.)

Wir müssen, so schließt Reichsminister Koch, endlich ein Kulturvolk werden, das nicht mit den Waffen der Barbaren kämpft, sondern mit geistigen Waffen. (Unterbrechungen von links.) Gegen jede Bewegung, die mit Waffen vorgeht, wird ebenfalls mit Waffengewalt vorgegangen werden. Die Regierung meint es ernst mit dieser Vorlage. Sie bittet alle Parteien um ihre Unterstützung.

Abg. **Lübbring** (Soz.): Wir haben gegen die Vorlage die größten Bedenken. Wenn sie nicht wesentlich verbessert wird, können wir ihr nicht zustimmen. Das Gesetz muß dazu führen, daß sich Waffen nur noch in den Händen der Reichswehr und Sicherheitspolizei befinden. Die größten Bedenken aber haben wir gegen Einwohnerwehren und die Selbstschutzverbände, die durchaus vom Geiste Kapps beseelt sind. Sie wollen sich einer Entwaffnung mit Gewalt widersetzen. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr will es dabei sogar auf einen Bruch mit dem Reiche ankommen lassen. In Ostpreußen stehen die Selbstschutzverbände mit Zustimmung der Reichswehr unter der Leitung von Offizieren, die aus der Sicherheitswehr entlassen werden mußten, weil sie in bezug auf die republikanische Verfassung nicht zuverlässig waren. Angesichts der großen Waffenlager auf den Gütern müssen die Strafbestimmungen bedeutend verschärft werden. Auch vor der Vermögensbeschlagnahme darf nicht zurückgeschreckt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Ernst** (U. Soz.): Die Gerüchte über große Waffenlager der Arbeiterschaft beruhen auf verlogenen Spitzelberichten. (Unterbrechung rechts, Widerspruch.) Ja, im Ruhrrevier gibt es Waffenlager, aber sie sind nicht in den Händen der Arbeiter, sondern in denen der Reaktionäre. Die „Deutsche Wirtschaftshilfe" und andere Schwindelorganisationen, diese von Stinnes, Krupp und Thyssen bezahlten reaktionären Organisationen, verbreiten diese Gerüchte und fördern die Putschgeschichten der Rechtsbolschewisten. Die Reichswehr darf nicht zu der Entwaffnungsaktion herangezogen werden, denn ihre Führer wirken durchaus im reaktionären Sinne. Waffenscheine, die noch bis zum Oktober Gültigkeit haben, werden an Leute gegeben, die offen erklären, sie würden sich unter keinen Umständen der Entwaffnung fügen. Die Mitglieder der Einwohnerwehren lachen über die Entwaffnungspläne der Regierung und sprechen offen aus, daß sie ihre Waffen nicht abgeben werden. Abg. Ernst erklärt schließlich, daß seine Partei mit der Ueberweisung des Gesetzes an einen Unterausschuß einverstanden sei, in der Erwartung, daß etwas wesentlich anderes aus dem Ausschuß herauskomme. (Beifall links.)

Bayerischer Gesandter Dr. Prager: Nachdem auf Grund der Verhandlungen von Spa die Entwaffnung der Einwohnerwehren festgesetzt ist, wird sich die bayerische Regierung den Anforderungen, die die Reichsregierung an sie stellt, nicht entziehen. Bei den Verhandlungen im Reichsrat hat sie dem Entwurf zugestimmt, die sogenannte „Riß-Rede", die Herr von Kahr gehalten haben soll, und in der er angeblich erklärt hat, er lasse es bei dem Verlangen der Entwaffnung der Einwohnerwehr auf einen Riß mit der Reichsregierung ankommen, ist bereits in aller Form durch das Wolff-Büro dementiert worden. (Beifall.)

Abg. **Dr. Röficke** (Dnat. Vp.): Eine Entwaffnung kann nur zum Heile Deutschlands gereichen, wenn die Waffen allen denen abgenommen werden, die Unruhe stiften wollen. Dieses Ziel wird durch das Gesetz in der vorliegenden Form nicht erreicht. Die Abwehr-Organisationen richten sich gegen die umstürzlerischen Elemente, und kein Mensch kann bestreiten, daß überall Plünderungen vorgekommen sind. Die ruhigen Bürger können und sollen es sich nicht gefallen lassen, daß Ruhe und Ordnung immer wieder gestört werden. Wir sind berechtigt, uns selbst zu verteidigen, wenn die Regierung nicht die Kraft hat, das zu tun. Das ist der Sinn der Abwehrorganisationen.

Dr. **Haas** (Dem.): Das Gesetz muß beschlossen werden, weil es eine Folge des Versailler Vertrages ist. Gerade die Unabhängigen, die seinerzeit erklärten, dieser Vertrag müsse unbedingt unterschrieben werden, haben nun kein Recht, sich gegen Folgerungen aus ebendiesem Vertrag zu verwahren. Wir haben allen Anlaß, alle Schichten des deutschen Volkes um seine Mithilfe bei der Durchführung des Vertrages zu bitten. Es wäre furchtbar, wenn durch den Eigensinn einzelner Bevölkerungsschichten noch weitere Teile Deutschlands vom Feinde besetzt werden würden, und es ist ein unerträglicher Zustand, daß Waffen in unberufenen Händen sind. Wir werden keine Ordnung, keine Ruhe, keine vernünftigen Zustände bekommen, ehe diese Waffen nicht abgeliefert sind. Waffen dürfen nur in den Händen der staatlich anerkannten Organisationen sein. Jeder andere Zustand ist unmöglich.

Wir haben den Wunsch, daß recht bald die Einwohnerwehren überhaupt nicht mehr notwendig sind, aber um ehrlich zu sein, muß man zugestehen, daß diese Einwohnerwehren nur als Reaktion gegen verbrecherische Treibereien einzelner kleiner Bevölkerungsschichten entstanden sind. Ich will auch nicht verhehlen, daß in der Haltung mancher Einwohnerwehren eine nicht unerhebliche Gefahr liegt, besonders in der Haltung der Zentrale der Einwohnerwehren.

Abg. Frau **Zetkin** (Kom.) lehnt den Entwurf im Namen ihrer Partei ab, ist aber ebenfalls mit der Rückverweisung an einen Ausschuß einverstanden.

*

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beriet heute über die Verordnung zur Durchführung der §§ 25 Abs. 3 und 28 des Militärversorgungsgesetzes. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei den Kriegsbeschädigten Erregung über die Bemessung von Renten für Beschädigte besteht, die trotz ihrer körperlichen Schädigung voll erwerbsfähig sind. Geheimrat Kerschensteiner und Unterstaatssekretär Ritter wiesen nach, daß die Befürchtungen der Kriegsbeschädigten völlig unbegründet sind. Die Verordnung bringt festgelegte Rentensätze als Mindestleistung für Beschädigte mit voller Erwerbsfähigkeit. Diese Rentensätze bleiben bei vollem Einkommen unverringert, werden aber bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit entsprechend dem § 57 des Reichsversorgungsgesetzes erhöht. Danach wurde der erste Teil der Vorlage, der die Körperschäden und die dafür in Betracht kommenden Sätze aufzählt, einstimmig angenommen.

Tagung bis Dienstag.

Der Aeltestenrat des Reichstages faßte heute folgende Beschlüsse: Da keine Verständigung über das Amnestiegesetz erreicht wurde, tagt der Reichstag auch am Montag und Dienstag. Das Entwaffnungsgesetz wird am Sonntag im Ausschuß durchberaten. Außer dem Haushalt werden auch die Interpellationen über die Arbeitslosigkeit und über die Kosten der Besatzungstruppen noch erledigt werden. Ferner wird zur Prüfung der technischen und finanziellen Lage der Eisenbahnen ein 24gliedriger Ausschuß berufen.

Der neue Petersburger Sowjet.

Ende Juni fanden in Petersburg Sowjet-Neuwahlen statt, über deren Ergebnis Sinowjew in der „Petrogradskaja Prawda" berichtet. Im ganzen wurden 2214 Mitglieder gewählt, darunter 242 Frauen. Von den Neugewählten sind 1579 Mitglieder der kommunistischen Partei, 63 sogenannte Kandidaten, d. h. Leute, die sich zur Partei gemeldet haben, aber noch nicht eingetreten sind, 85 sympathisieren mit den Kommunisten. Von den übrigen Sowjet-Mitgliedern sind 5 Menschewisten, 469 Parteilose, 2 Anarchisten, 17 Sozialrevolutionäre. Kommunisten und ihre Anhänger bilden eine Mehrheit von 2007, d. h. von 91 bis 92 v. H. im Sowjet.

Sinowjew betont, daß die kommunistische Partei vor dem Wahlfeldzug beschloß, soviel Parteilose wie möglich zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Selbst in solchen industriellen Unternehmen, wo die Kommunisten rein kommunistische Listen hätten durchbringen können, ließen sie auch die Parteilosen auf die Listen kommen, denn die Partei wünschte, auf so großen Plätzen, wo es so viele parteilose Arbeiter gibt, auch Vertretern von diesen Zutritt zum Sowjet zu gewähren.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. Bei der vorjährigen Wahl gab es in Petersburg 330 000 Wahlberechtigte, im Januar dieses Jahres waren es bereits 501 000, und im Juni waren 562 000 wahlberechtigt. Das heißt, daß jetzt alle erwachsenen Personen das Wahlrecht haben, denn die Einwohnerzahl Petersburgs, die durch die Lebensmittelkartenverteilung zu kontrollieren ist, beträgt etwa eine Million, von denen Kinder und Jugendliche über 300 000 betragen. Folgende Zusammenstellung zeigt die verschiedenen Kategorien der Stimmberechtigten: 1. Arbeiter in Fabriken, Werkstätten, Restaurantpersonal usw. 253 340, 2. Soldaten der roten Armee und Matrosen 113 207, 3. Sowjetbeamte 142 912, 4. Studenten an höheren Unterrichtsanstalten 5758, 5. Hausfrauen 47 177; zusammen 562 404.

„Der Vorläufer." Nach Meldungen aus Triest ist ein jüdischer Dampfer unter jüdischer Flagge, gleichzeitig unter englischer Flagge, unter dem Namen „Der Vorläufer" in See gestochen.

Lloyd George Gast des belgischen Königs. Wie die „Frkf. Ztg." meldet, hat der König von Belgien dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George seine am Viermaldstädtersee gelegene Villa als Erholungsaufenthalt zur Verfügung gestellt.

Der Völkerbundsrat ist gestern unter dem Vorsitz von Quinones de Leon in San Sebastian zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Es nahmen daran teil Hymans, da Cunha, Balfour, Bourgeois, Tittoni und Matsui.

Der Ur-Shaw.

Von

Hermann Bahr.

* Als ich 1910 in London bei Shaw war, ließ er sich ingrimmig über die stupide Kritik (in England) aus, die seinen Geist bald von Nietzsche, bald von Ibsen datiere, den Einzigen aber, dem er innerlich viel verdanke, seinen großen Lehrer Samuel Butler überhaupt nicht kenne. Ich mag ein ziemlich ratloses Gesicht gemacht haben, es schwante mir, den Namen schon einmal gehört zu haben und als ob er ein Requisit der allgemeinen Bildung wäre, dessen Verlust man, gar im Ausland, nicht gern eingesteht. Aber schon fing es um Shaws dreist aus dem fragwürdigen Gesicht vorspringende, solchem geschworenen Abstinenzler eigentlich unerlaubte Weinnase zu weiterleuchten an, aus den winzigen, höllisch gescheiten, wasserblauen Augen unter den schrägen Brauen schoß Spott und, gnädig mit der Hand abwinkend, rief er: Nein, nein, um Gotteswillen, nicht den Hudibrasmann mein' ich, den Kollegen Drydens, und auch nicht den Bischof Butler, sondern dessen Enkel, den größten englischen Schriftsteller in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, den Verfasser von Erewhon, den nicht zu kennen Sie sich gar nicht zu schämen brauchen, in Sizilien gibts irgendwo freilich eine Via Samuele Butler, aber von seinen Landsleuten, die den Namen lesen, ahnt keiner, wer ihn trug, er hat unbekannt unter uns gelebt und unbekannt ist er vor ein paar Jahren gestorben!

Gleich lief ich in den Times Book Club und ließ mir Butlers Werke geben, einen ganzen Stoß. Darunter war eins, dessen Titel mich reizte: „The authoress of the Odyssey" (London A. C. Fifield) hieß es und ein Zusatz versprach, hier werde dargetan, wann und wo die Dichterin der Odyssee sie schrieb, wer sie war, wie sie sich der Ilias bedient und in ihren Händen das Gedicht geformt hat. Da las ich es auf einen Zug und glaubte, während ich las, jedes Wort. Ich hörte nur mitten im Lesen auf einmal an mein bißchen Englisch zu glauben auf. So viel Englisch kan ich schon, daß es von Zeile zu Zeile geht, doch fiel mir ein, es könnte sein, daß in diesem Buch die Hauptsache zwischen den Zeilen steckt, und ob nun mein Englisch aber auch bis zwischen die Zeilen hinein reicht, das war mir doch ungewiß; dazu ist man schließlich nicht verpflichtet. Das nächste Mal fragte mich Shaw mit jenem Blinzeln, aus dem dann über seinen Apostelkopf zuweilen gleichsam der Schatten einer faunischen Waldheiterkeit huscht, nach Butler und wie weit ich mit ihm gekommen. Ich schloß an den Ausdruck meiner hohen Bewunderung das Geständnis, im Unklaren zu sein, ob für Butler im Ernst Nausikaa die Dichterin der Odyssee oder ob sein Buch ein Spaß sei; mein Englisch genüge zur Entscheidung nicht. Und es war mir doch ein großer Trost, daß auch Shaws Englisch dazu nicht genügte. Denn er sagte nur, mit strengem Blick und fast feierlichem Klang: Ob Butler im Ernst die Nausikaa für die Dichterin der Odyssee hielt, das weiß ich auch nicht, denn, sehen Sie, das weiß man bei Butler nämlich nie, und sehen Sie, das ist doch das Herliche an diesem Mann! Und indem er so sprach, sah er mich so niederträchtig mitleidig an, daß wieder mein Englisch nicht reichte, nämlich um in seinem Gesicht, um das ein guter Engel mit einem Bock zu disputieren scheint, zwischen den Zeilen zu lesen, wo sicherlich erst der wahre Shaw mit unsichtbarer Tinte halb irisch geschrieben steht.

Später las ich auch Erewhon. Dem Einfall nach zwischen Swift und Defoe. Robinsoninsel mit einem Volk, das so streng auf Sittlichkeit hält wie wir, nur nicht auf unsere, sondern auf eine andere. Krankheit ist dort verboten und wird bestraft. Man verheimlicht darum dort einen Schnupfen wie bei uns ein Dieb verheimlicht, daß er gestohlen hat, während dort, wenn einer gestohlen hat, nach dem Arzt geschickt wird: Der Dieb legt sich ins Bett und seine Freunde kommen, um ihn zu trösten, daß der Anfall hoffentlich bald wieder vorüber sein wird. Ein Roman der Relativität aller sittlichen Konventionen; höchster moralischer Einstein sozusagen. Manches sehr lustig; besonders die Schilderung des Colleges of Unreason (gemeint sind natürlich die englischen Universitäten); es gibt da eigene schools of Inconsistency and Evasion, mit Unterricht in den Grundsätzen des Lebens, wie zum Beispiel: „Es ist der Ruhm des Parlaments, Gesetze zu schaffen; es ist der Ruhm der Minister, sie zu umgehen." Und dies alles in einem stockernsten Ton, der an sich schon als Witz wirkt, als ein freilich oft etwas asthmatischer. Dagegen hat The way of all flesh zuweilen auf einmal ein Aufstöhnen lebenslang verhaltenen dumpfen Leids von tragischer, ja fast ins Animalische gesteigerter Wildheit, um so wirksamer, gerade weil es immer gleich wieder hinuntergewürgt wird. Wir ahnen schaudernd, wie hoch Erziehung zum Gentleman zu stehen kommt (was allerdings noch immer nicht beweist, daß der Gewinn den Verlust nicht lohnt). Dieses Buch shocked einst eine englische Leserin so, daß sie's im ersten horror and disgust ins Feuer warf, was immerhin auch ein Rekord ist. Ja, man hat beim Lesen immer wieder den Verdacht, ob nicht gerade dies des Buchs geheimster Ehrgeiz war, ob nicht diesen Autor der Wunsch, sein Werk öffentlich verbrannt zu sehen, recht eigentlich erst produktiv gemacht hat. Mit dem Mut, die Wahrheit zu bekennen, auch wenn sie den Leser ärgert, verbindet er eine besondere Passion gerade zu solchen Wahrheiten, die den Leser ärgern, so daß man am Ende nicht ganz sicher ist, ob er in der Wahrheit sein Ziel oder nur ein Mittel zum Aerger des Lesers sieht. Lichtenberg fragt, „worin sich eigentlich das große Genie von dem gemeinen Haufen unterscheidet," und antwortet darauf: „Der gewöhnliche Kopf ist immer der herrschenden Meinung und der herrschenden Mode konform; dem großen Genie fällt über all ein: könnte dieses nicht auch falsch sein?" Und er zieht daraus den Imperativ: „Zweifle an allem wenigstens einmal und wäre es auch der Satz: zweimal Zwei ist Vier! Immer sich fragen: sollte hier nicht ein Betrug stattfinden?" Stimmt das, dann wäre Butler ein ganz großes Genie gewesen. Ich las ihn um zehn Jahre zu spät, nämlich erst als ich so weit war, auch am Zwefel selbst wieder zweifelnd geworden und eine Wahrheit über allen Zweifeln gewiß zu sein. Gerade Lichtenberg zieht doch auch der Skepsis wieder ihre Grenze: „Zweifel muß nichts weiter sein als Wachsamkeit, sonst kann er gefährlich werden." Bei Butler aber ist Zweifel weit mehr als Wachsamkeit, ja etwas ganz anderes als Wachsamkeit: ihm wird der Zweifel zum Rausch, zur Manie. Seine Leidenschaft, vorurteilslos zu sein, ergibt zuletzt das umgekehrte Vorurteil, jede herrschende Meinung, schon deshalb, weil sie herrscht, für falsch zu halten. Das ist doch auch wieder „fun" und so versteht man, daß ihm am Ende fun zum Lebenselement wird. Wenn Shaw sich seinen Schüler nennt, so war er doch auch, wie die besten Schüler immer, sein Ueberwinder: denn Shaw läßt uns überall merken, daß er es im bloßen fun nirgends ausgehalten hat; er ist eher sozusagen Inversion des fun, allerdings eine verschämte.

Butler hat jetzt pathum seinen Eckermann gefunden in Henry Festing Jones. Sie kannten einander seit 1876, und Haendel wars, in dem sie sich befreundeten. Haendel ist ja heute noch von einer uns nicht ganz verständlichen Macht über England. Butler, selbst im Nebenamt komponierend, wie malend auch, schrieb einmal, er verkenne die Gnosis in Beethovens Musik nicht, halte jedoch überhaupt von Gnosis im Grunde nicht so viel: „I want Agape; and Beethovens Agape is not the healthy robust tenderness of Handel". Von dieser Begegnung in Haendel aus spann sich nun eine sehr seltsame Freundschaft der beiden an, in der Henry Festing Jones den leidenden Teil übernahm, mit einer Hingebung, Innigkeit und Langmut, die nun auch dem Leser seines „Memoir" ohne weiteres zuzumuten doch von Kühnheit zeugt. Zwei Bände bei Macmillan, St. Martins Street, London, der erste von vierhundertundvierzig, der zweite von fünfhundertelfundreißig Seiten: Ausdruck einer Liebe, der am Geliebten nichts, selbst der geringste Zug des Alltags nicht unwichtig scheint. Wirklich von jener robusten Agape, die Butler an Beethoven vermißte. Wer aber wäre so groß, ein solches Liebesmaß zu vertragen? Mich hat dieser Biograph in seiner rührenden Menschlichkeit so tief ergriffen, daß darüber der Biographierte zu kurz kam: Butler er

Die Abstimmungen über die Vorschüsse

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 31. Juli.

Am Schlusse der gestrigen Kammerdebatte wurde nach Annahme des Hauptartikels der Regierungsvorlage mit 399 gegen 83 Stimmen ein Zusatzantrag des sozialistischen Abgeordneten Auriol behandelt, nach dem die Vorschußzahlungen an Deutschland erst nach Aufnahme einer internationalen Anleihe für den Wiederaufbau von Europa zu erfolgen hätten. Millerand erklärte, es wäre sehr wünschenswert, daß eine solche Anleihe aufgenommen würde, doch setze sie langwierige Verhandlungen mit den Mitgliedern des Völkerbundes voraus. Die Annahme der Zusatzbestimmung in die Regierungsvorlage sei daher unmöglich. Der Antrag Auriols wurde mit 328 gegen 227 Stimmen abgelehnt, nachdem der radikale Führer Herriot seine Annahme warm empfohlen hatte. Die gesamte Regierungsvorlage wurde schließlich mit 338 gegen 165 Stimmen mit den berüchtigten Ziffern angenommen. Die regierungsfeindliche Minderheit setzt sich wie bei der Abstimmung am 20. Juli aus den geeinigten Sozialisten, dem früheren Ministerpräsidenten Clemenceau, und seinen Freunden und aus Vertretern der verwüsteten Provinzen zusammen. Es hat Aufsehen erregt, wie Millerand am Schlusse seiner Rede die seit langem umstrittene Verfassungsrevision ankündigte. Er sagte: „Eines Tages im Verlaufe dieser Legislaturperiode, wenn wir die größten auswärtigen und finanziellen Schwierigkeiten überwunden haben, werden Regierung und Parlament gleichzeitig versuchen, die Erfahrungen der letzten Jahre zu verwerten und mit der erforderlichen Umsicht den konstitutionellen Organismus der unbedingt erforderlichen Aenderung zu unterwerfen."

Die Presse begrüßt im allgemeinen Millerands Sieg. Die „Lanterne" bemerkt dazu: „Die Kammer hat Millerand aufs neue ein Blankett ausgestellt. Er wird davon hoffentlich als ein guter Patriot und ein geschickter Sachwalter Gebrauch machen. Der „Rappel", das Organ der Radikalen, deren Führer Herriot sich der Abstimmung enthalten hat, stellt Millerand das Zeugnis aus, daß er als ein Mann gesprochen habe, der an der Spitze der Regierung zu bleiben verdiene. Er fordert Millerand auf, keinen Augenblick zu vergessen, daß Frankreich die äußerste Grenze seiner Zugeständnisse erreicht habe. Der „Radical", das Organ der neuen, von Jonnart geführten Partei, zieht aus der gestrigen Debatte den Schluß, daß das französische Volk von Geheimdiplomatie nichts mehr wissen will und die Politik der vollzogenen Tatsachen nicht mehr dulde. Der „Figaro" erklärt, die gestrige Debatte habe bewiesen, daß die Kammer die französischen Zugeständnisse, die im Interesse der Entente mit England gemacht werden mußten, auf das Protokoll von Spa zu beschränken gedenke. Gustave Hervé schreibt in der „Victoire" über die gestrige Kammerdebatte: Millerand hat seine ganze Außenpolitik gestern in einigen Worten auseinandergesetzt. Er will um jeden Preis die Festigkeit und Herzlichkeit der Entente zwischen den Alliierten und besonders zwischen Frankreich und England aufrechterhalten. Erwähnt sei endlich noch ein Artikel Léon Daudets in der „Action française", der ausführt: Frankreich sei in wirtschaftlicher Hinsicht auf England angewiesen. Aber für England sei auch Frankreich unentbehrlich. Denn England brauche die durch Frankreich gebildete militärische Schranke unbedingt, um als Nation bestehen zu können. Er werde Millerand bewegen, das Lloyd George zu Gemüte zu führen.

*

In seiner Rede zur Ratifikation des Spaer Abkommens sagte Millerand bezüglich der Steinkohlenlieferungen, daß auf Grund von Artikel 248 des Versailler Abkommens die Alliierten ein allgemeines Privileg auf deutsches Besitztum hätten. Kein Neutraler dürfte also ohne Einverständnis der Alliierten ein Abkommen mit Deutschland schließen nach Art des holländischen Kreditabkommens.

*

Die französische Regierung wird heute im Büro des Senats den der Kammer gestern genehmigten Gesetzentwurf über die Vorschüsse an Deutschland deponieren. Der Finanzausschuß und der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten werden im Laufe des heutigen Tages eine gemeinsame Sitzung abhalten, in der sie den Ministerpräsidenten Millerand und den Finanzminister François Marsal anhören werden.

*

Ein heute in London veröffentlichter Gesetzentwurf sieht für den englischen Anteil an den Vorschüssen für die deutschen Kohlenlieferungen innerhalb des Finanzjahres, endigend im März 1921, die Summe von 5 Millionen Pfund vor.

Das Abkommen von Boulogne.

Drahtmeldung.

Paris, 31. Juli.

Der „Eclair" veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens von Boulogne. In Artikel 1 vereinbaren die beiden Regierungen die Kommission für Wiedergutmachung einzuladen, die Ausführung der Spaer Abkomen bezüglich der Kohlenlieferungen und der Vorschüsse zu regeln. In Artikel 2 wird gesagt, daß die Kommission für Wiedergutmachung von den Regierungen beauftragt wird, die Vorschüsse zu geben und alle Kreditabkommen, die mit der Kohlenlieferung verknüpft sind, zu regeln. Die Kommission stellt den Betrag der Vorschüsse fest. Artikel 3 sagt, daß Deutschland am 1. September 1920 der Kommission für Wiedergutmachung deutsche Schatzanweisungen im Betrage von 60 Millionen Goldmark, die am 1. Mai 1921 rückzahlbar sind und mit 6 v. H. verzinst werden, überweisen muß. Artikel 4 regelt den Verkauf dieser Schatzanweisungen. Es wird festgestellt, daß die Kommission für Wiedergutmachung einen Auftrag der betreffenden Regierungen erhalten hat, sich auf Basis dieser Schatzanweisungen mit oder ohne Indossierung der betreffenden Regierungen. Artikel 5 behandelt die Wirkung der Steinkohlenlieferungen, die Schaffung der Vorschüsse und die Verwendung deutscher Schatzscheine. Die Kommission für Wiedergutmachung kann vorläufig einen Betrag der monatlichen Vorschüsse an Deutschland auf Grundlage von 40 Goldmark pro Tonne feststellen, und zwar auf das Quantum Steinkohlen, das Deutschland im Uebergangsmonat geliefert hat.

Ein Ueberfall der Ungarn.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

kl **Wien**, 30. Juli.

Privatmeldungen über den Einfall ungarischer Truppen auf österreichisches Gebiet werden nunmehr offiziell durch die Staatskorrespondenz bestätigt. Danach hat der Bürgermeister von Fürstenfeld in Steiermark drahtlich dem Staatssekretär für Heerwesen bestätigt, daß etwa 500 in Zivil gekleidete ungarische Soldaten Fürstenfeld überfielen, sämtliche Straßen und Häuser der Stadt besetzten, Passanten festnahmen und mißhandelten, das Waffendepot erbrachen und nach Mitteilung des Grenzschutzkommandos von Fehring 21 Maschinengewehre, 4000 Gewehre und sehr viel Munition raubten. Die von den Eindringlingen verhafteten Personen wurden bis an die ungarische Grenze mitgeschleppt.

Das Staatsamt für Auswärtiges hat sofort, nachdem es von dem Vorfall in Fürstenfeld in Kenntnis gesetzt worden war, die österreichische Gesandtschaft in Budapest beauftragt, bei der ungarischen Regierung schärfsten Protest zu erheben und das Verlangen zu stellen, daß unverzüglich die Bestrafung der Schuldigen erfolgt, die mitgenommenen Gegenstände zurückerstattet, der Schaden gutgemacht und Oesterreich Genugtuung geleistet werde. Gleichzeitig wurden die diplomatischen Vertretungen der Westmächte, Italiens und der Vereinigten Staaten in Wien von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt. Der österreichische Kabinettsrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Angelegenheit befaßt.

Die Forderungen der Bergarbeiter.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Genf**, 30. Juli.

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes Frank Hodges, der mit dem Präsidenten des internationalen Verbandes Smillie und einigen anderen englischen Delegierten gestern in Genf angekommen ist, erklärte, die wichtigste Aufgabe des Bergarbeiterkongresses sei die Annahme eines Beschlusses zugunsten der Nationalisierung der Bergwerke. In England gäbe es 1500 Gesellschaften, die je etwa 4000 Bergarbeiter beschäftigen. Diese Vielfältigkeit, die der Produktion hinderlich sei, wäre nur durch eine Sozialisierung zu beseitigen. Hodges machte aber auf den Unterschied zwischen der deutschen und der französischen und englischen Auffassung über Sozialisierung aufmerksam, die eine Nationalisierung fordert.

Schwieriger als die Nationalisierungsfrage, über die sich die meisten Delegierten einig sind, ist die politische Frage, die durch die Abkommen von Spa angeschnitten worden ist. Hodges rechtfertigte die, wie sich herausgestellt hat, falsch wiedergegebene Erklärung der deutschen Delegation, daß nach dem Genfer Kongreß wahrscheinlich die Lieferungen noch weiter herabgesetzt würden. „Es handelt sich hier um eine Frage eines internationalen Abkommens," erklärte Hodges, „da alle Bergarbeiter, die deutschen ebensowohl wie die englischen, französischen und amerikanischen, eine Verringerung der Arbeitszeit erstreben, und niemand dagegen einer Verlängerung zustimmen will. Das Ideal ist der Sechsstundentag. Er wird aber notwendigerweise eine starke Verminderung der Produktion mit sich bringen." Am Schluß der Unterredung sprach Hodges die Hoffnung aus, daß es der Industrie in einigen Jahren gelingen wird, die Normalproduktion wieder zu erreichen.

Genf, 30. Juli. (W. T. B.)

Der deutsche Bergarbeiterführer Hué, der mit der deutschen Delegation hier eingetroffen ist, hatte mit einem Vertreter der Schweizer Depeschen-Agentur eine Unterredung, wobei er erklärte, daß die ihm in den Mund gelegte Aeußerung, die deutschen Bergarbeiter erstrebten durch das internationale Gewerkschaftssekretariat in Amsterdam eine Intervention der Bergarbeiter der Welt zu Gunsten der deutschen Bergleute, in allen Teilen frei erfunden sei. Niemals sei ein solches Ansuchen an irgend eine internationale Gewerkschaftsorganisation gerichtet worden. Weiter kam Hué auf seine Aeußerungen in Spa als Sachverständiger zurück und erklärte, er habe darauf hinzuweisen, daß die deutschen Bergleute zum Zwecke der Milderung der deutschen Kohlennot zur Zeit Ueberschichten machten. Sie seien aber der Ueberzeugung, daß in einer dreimaligen sechsstündigen Schicht unter den entsprechenden technischen Voraussetzungen mehr Kohle gefördert werden könnte als in der jetzigen Schichtzeit.

Westpreußischer Appell an Amerika.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

H. K. **Marienwerder**, 31. Juli.

Gestern fand in Marienwerder eine Massen-Versammlung statt, in der Oberlandesgerichtsrat Großmann das Referat über „Deutschlands Recht auf die Weichsel" hielt. Aus Stadt und Land, besonders aus den bedrohten Weichselorten, waren viele Hunderte erschienen, um gegen die aus Paris herübergekommene bedrohliche Meldung von der Abtretung eines Uferstreifens an Polen Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß, sich in letzter Stunde mit einer Entschließung an das amerikanische Volk zu wenden, in der es unter anderem heißt: „Die Bewohner der Weichselgaue wenden sich in höchster Besorgnis um das Schicksal ihrer Heimat an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Bitte, dem wahren Sinne des Artikels 97 des Friedensvertrages zum Siege zu verhelfen. In fälschlicher Auslegung dieses Artikels, an dessen Fassung die Vereinigten Staaten maßgebend mitgewirkt haben, will man uns entgegen dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung von unserer natürlichen Verkehrsader, der Weichsel, durch Ablösung eines der polnischen Souveränität zu unterstellenden Uferstreifens überall abdrängen. Außerdem müssen wir fürchten, daß einzelne Ortschaften der Weichsel, die aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig zum Deichverband der Marienwerder Niederungen gehören, entgegen ihrem Wunsche aus ihrem natürlichen Zusammenhang herausgerissen werden, und daß infolgedessen der Hochwasserschutz, der beinahe 20 000 Hektar großen, überaus fruchtbaren Niederung auch gefährdet ist. Nach Artikel 97 des Friedensvertrages würden die Vereinigten Staaten als ehemalige assoziierte Macht zur Entscheidung über unser Schicksal berufen sein, wenn sie sich nicht freiwillig aus dem Obersten Rat zurückgezogen hätten. Unsere dringende Bitte an das amerikanische Volk geht deshalb dahin, ein neues, mächtiges, moralisches Wort zugunsten der zuerst von Amerika vertretenen Grundsätze der Selbstbestimmung der Völker und der Verwaltung jedes einzelnen Volkes zu sprechen und den ostpreußischen Bewohnern des Weichselgaues zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Ostpreußischer Protest.

H. K. **Königsberg**, 31. Juli.

Der Vorsitzende des Provinziallandtags, der Vorsitzende des Provinzialausschusses und der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen haben folgende Kundgebung an den Reichskanzler, die Minister und das Auswärtige Amt gerichtet: „Die Provinz Ostpreußen ist durch das ihr bekanntgewordene Bestreben des polnischen Staates, die Ueberweisung eines Landstreifens auf dem rechten Weichselufer an Polen durchzusetzen, auf das schwerste beunruhigt. Ostpreußen ist im Friedensvertrag der freie Zugang zur Weichsel zugesichert. Welche Schwierigkeiten für Ostpreußen aus der Ueberweisung eines Landstreifens am rechten Weichselufer an den polnischen Staat für die Provinz Ostpreußen sich ergeben würde und wie hierdurch der Ostpreußen zugesicherte freie Zugang zur Weichsel illusorisch gemacht würde, davon kann sich jeder ein Bild machen, der die entsetzlichen Schikanen und Schwierigkeiten kennt, welche die Polen der Provinz Ostpreußen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und persönlichen Verkehrs zwischen dieser und dem Reiche durch den sogenannten polnischen Korridor bereitet haben und noch bereiten. Auch müßten sich durch die Zuweisung des fraglichen Landstreifens an Polen die Bewohner desselben, welche ebenso wie die Bewohner des westpreußischen Abstimmungsgebietes ihren Willen, bei Deutschland zu verbleiben, soeben erst mit überwältigender Mehrheit Ausdruck verliehen haben, auf das äußerste vergewaltigt fühlen. Die Provinz Ostpreußen muß daher in Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen auf das bestimmteste erwarten, daß alle hierfür zuständigen Stellen alles daran setzen, die Ueberweisung eines Uferstreifens an Polen zu verhindern."

---

scheint hier doch als Schriftsteller bei weitem nicht so groß wie Henry Festing Jones als Freund.

Ein Mann von einer so singulären Eigenheit, so stolz auf sie, von einer solchen Eifersucht, sie für sich allein zu bewahren, und dazu nun noch mit so hohen Forderungen an die Mitwelt, daß er sich zu einer Einsamkeit verdammt sah, der er dann doch aber bei seiner Sehnsucht nach einem menschlichen Wiederhall, nicht gewachsen war. So saß der Arme, traurig vor sich hin musizierend oder maland; und das Mitleid, das er mit sich hatte, wuchs langsam zur Grimasse der Weltverachtung aus. Er war sicher eigentlich der Menschheit sehr gut; dies nun aber auch auf den einzelnen Fall anzuwenden, gelang ihm selten. Er war nicht angenehm, weder für andere noch für sich selbst. Er las viel, aber meistens mit dem Refrain: I disliked it. Ueber Wilhelm Meister schrieb er: „Mir scheint das vielleicht das schlechteste Buch, das ich je las. Nicht einer einzigen guten Seite oder Idee darin kann ich mich erinnern". Rosetti haßt er, und Beethoven ist ihm a fraud and he is the musician by whom all the modern musical frauds swear; er zählt ihn unter die Seven Humbugs of Christendom, neben Rafael, Sokrates, Virgil, Marc Aurel, Dante und Goethe. Aber wie so strenge Richter meistens, ist er gekränkt, selbst nicht gebührend anerkannt zu sein.

Ein entscheidendes Erlebnis scheint in jungen Jahren seinen Geist bestimmt zu haben. Er hörte da eine Italienerin über einen Mörder sagen: Der Unglückliche (povero disgraziaso) hat seinen Oheim umgebracht! Und ebenso drückt ein junger Italiener, der drei Jahre beim Militär gedient und dann zwei Jahre Gefängnis wegen Mordversuch abgesessen hat, dies schonend dahin aus, er habe tra anni di militare e due anni di disgrazia verbracht. Dadurch wurde Butler auf Lebenszeit ein Enthusiast für Italien. Das kann ich sehr gut verstehen: im Verbrecher einen Unglücklichen zu sehen, Laienrn und Katholiken ganz geläufig, ist ein Zeichen höherer Kultur, als die der junge Butler um sich herum gewohnt war. Sein Gefühl für diese höhere Kultur, das er am reinsten in Goethes Iphigenie hätte finden können, gibt recht eigentlich seinen Werken ihren hohen Wert. Hätte er nun, statt dadurch für den Sinn der eigenen, der englischen Kultur, blind zu werden, noch die Kraft gehabt, auf eine Höhe zu kommen, wo der polarische Gegensatz der beiden Kulturen verstummt, so wäre vielleicht wirklich ein Anwalt der künftigen Menschheit aus ihm geworden. Er rang mit sich um dieses zweite Barock. Er rang es sich nicht ab.

Er rang es sich nicht ab, er blieb selber auf dem einen Pol stecken, auf dem Gegenpol der englischen Kultur. Der Engländer, mit seinem starken Bedürfnis, in der Wirklichkeit zu wirken, fühlt, daß er dazu einen festen Standort braucht: δὸς μοι ποῦ στῶ. Da er einen solchen Standort in der überlieferten Sittlichkeit seines Glaubens findet, akzeptiert er sie gern, und mit ihr unbesehen auch das Dogma, worauf sie fußt. Einwendungen gegen das Dogma hört er willig an, solange sie den Standort in seiner Festigkeit und Sicherheit nicht bedrohen. In diesem Augenblick aber hört für ihn der Spaß auf, denn er weiß, daß seine Macht auf dem Besitz von etwas Unzweifelhaftem ruht, das, da es sich bewährt hat, er es nicht erst mit noch Ungewissem vertauschen will. Er hat ein ganz realistisches Verhältnis zum Glauben, nämlich das des Tatmenschen, dem es wichtiger ist, an einem festen Glauben Halt zu haben, als die Doktorsfrage, ob dieser Glaube denn auch glaubhaft sei. Der Engländer nimmt seinen Glauben als eine Tatsache hin, deren Ergiebigkeit für den Handelnden, pragmatische Wahrheit und fördernde Kraft (im Goethischen Sinn; man denke an Goethes Begriff des produktiven Irrtums), durch Erfahrung durch Gebrauch bewiesen ist. Ganz unenglisch dagegen, aber gerade deshalb immer wieder in einer Anzahl querköpfiger Engländer bis zum Fanatismus gesteigert, ist der Haß des generally accepted, ist das Bedürfnis nach an opinion of his own. Aber über sie ragt der Querkopf Samuel Butlers doch noch um ein gutes Stück empor: durch sein immer wieder anpochendes, wenn auch niemals durchdringendes Vorgefühl, es müsse doch hinter allen diesen Kulissen von Sonderwahrheiten dann noch wieder ein Land allgemeiner, dem Eigensinn entrückter, in sich selbst gesicherter Ordnung liegen; er hat es nur nicht mehr erreicht.

Erstaufführungen der kommenden Woche. Sonntag: Deutsches Theater „Weibsteufel"; Mittwoch: Trianon „Untreu"; Sonnabend: Neues Volkstheater „Familie".

Im Trianontheater ist Käte Rowen jetzt die Lola in Sudermanns „Höherem Leben". Dies verrottete Geschöpf eines Dichters, der, selbst ohne „höheres Leben", die „entgötterte Welt" eines noch nicht abgestorbenen Berlin WW, in milieuhaft abgegrenzten Ausschnitten zeigt, fand an Frau Rowen eine sichere Mittlerin, die ihre schamlose Lebensphilosophie mit Anmut und nicht ohne Dämonie zur Schau trägt. Sie ward Sudermanns ins Bürgerliche verschlagener Kunstzigeunerin (allwo sie als Salonschlange und Wonneweibchen ergötzlich wütet) eine mindestens glaubhafte Sachwalterin von eleganter Beredsamkeit, die sich viel Beifall zu gewinnen wußte. —e—

Hochschulnachricht. Aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums wurde Oberhof- und Domprediger D. v. Dryander in Berlin von der Universität seiner Vaterstadt Halle zum Ehrenmitgliede ernannt.

Für die Berliner Philharmonischen Konzerte des kommenden Winters (Leitung: Arthur Nikisch) sind u. a. folgende Solisten in Aussicht genommen worden: Moriz Rosenthal, Sigrid Onegin, Maria Ros-Carloforti, Vera Schapira, Alma Moodie, Frederic Lamond, Carl Flesch.